

Resolution: Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Rahmenbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche in Deutschland heute aufwachsen, müssen dringend verbessert werden.

Kinderlärm wird von Anwohnern oftmals als störend empfunden. Das ist verständlich. Mögliche Konflikte sollen im Vorfeld des Baus von Sport- oder Spielplätzen, Kitas etc. diskutiert und die Anlieger einbezogen und gehört werden.

Dennoch müssen aus Sicht der FDP die Interessen der Kinder Priorität haben. Es darf nicht sein, dass – wie z.B. in Hamburg – eine Kita aus einem Wohngebiet durch Gerichtsurteil ausziehen muss, weil Kinderlärm als „unzumutbare Belastung“ eingestuft wurde. In Frankfurt a. M. musste eine Kita der Arbeiterwohlfahrt die Benutzung von Spielautos (Bobbycars) nach Klagen der Anwohner einschränken.

In Rehfelde ist mit Mitteln des Deutschen Fußballbundes ein Minispielfeld gebaut worden. Die gegenwärtigen drastischen Einschränkungen des Spielbetriebes sind unzumutbar und bedeuten eine Verschwendung von Steuergeldern. Die FDP kritisiert den fehlenden Dialog des ehemaligen Bürgermeisters mit den Anwohnern im Vorfeld. Wir kritisieren ebenfalls, dass das vorhandene Messgerät zum Lärmschutz nicht eingesetzt wird. Der Bau eines neuen Bolzplatzes ist keine Lösung für das Problem des Minispielfeldes. Ein Standort steht noch nicht fest und bis zur Fertigstellung werden Jahre vergehen. Zudem sind aus den Erfahrungen anderer Kommunen bei jedem Bolzplatz Konflikte mit Anwohnern zu befürchten.

Die Gemeinde muss deutlich machen, dass sie Kinder- und Jugendpolitik ernst nimmt. Auch gute Sportförderung darf sich nicht mit dem Sportfest am 1. Mai erschöpfen, sondern zeigt sich im konkreten Alltagshandeln.

Da bis 2013 zusätzlich 750.000 Krippenplätze entstehen sollen, ist mit vermehrten Klagen zu rechnen. Hier muss ganz klar werden, dass Kinder Vorrang vor anderen Interessen haben.

Die FDP fordert deshalb:

Im konkreten Fall in Rehfelde:

- Die Bespielbarkeit des Platzes für den Vereinssport am Wochenende muss sichergestellt werden;
- Die überzogenen Anmelde- und Antragsregeln müssen wegfallen;
- Die Sicherheit der Anlage (Schließdienst) kann durch Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung bzw. Kommunal-Kombi-Kräfte gewährleistet werden;
- Die Gemeinde soll Lärmmessungen mit dem vorhandenen Gerät durchführen.

Für die Bundes- und Landespolitik:

- Kinderlärm darf nicht in gleicher Weise behandelt werden wie Verkehrs- oder Gewerbelärm. Kinderlärm gehört zur freien Entfaltung der Persönlichkeit.
- Der Bau von Kitas in Wohngebieten sollte grundsätzlich zulässig sein. Bauordnung und Baunutzungsverordnung sollen entsprechend geändert werden.
- Unterstützung der Forderung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, das Bundesemissionsschutzgesetz so zu ändern, dass Kinderlärm als Klagegrund ausgeschlossen wird.
- Beim Neubau von Wohngebieten sollen Spielplätze verpflichtend mit eingeplant werden. Die frühere Regelung, dass die Kommune zugunsten einer Geldzahlung darauf verzichten konnte, hat dazu geführt, dass weniger Spielplätze entstanden sind.
- Eine Verbesserung der Situation von Tagesmüttern durch höhere finanzielle Beteiligung des Landes;
- Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung soll kostenfrei gestellt werden.

Der Kreisvorstand der FDP Märkisch-Oderland